

Rechenschaftsbericht des Vorstands der Internationalen Liga für Menschenrechte an die Mitgliederversammlung

Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2017

I. ORGANISATION / LIGA-VORSTAND.....	2
1. Mitgliederbewegung	2
2. Aus dem Vorstand / der Vorstandsarbeit im Berichtsjahr.....	2
3. Liga-Arbeitsgruppen	2
II. LIGA-ARBEITSSCHWERPUNKTE, KOOPERATIONEN MIT DATENSCHUTZ-, BÜRGER- UND MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN; ERKLÄRUNGEN, KAMPAGNEN, AUFRUFE	2
1. Aktivitäten zu „Innere Sicherheit“, Überwachung / Bürgerrechte und Demokratie	2
2. Aufrufe/Erklärungen zu G-20-Protesten, Versammlungsfreiheit, Polizei-Eskalation	5
III. ANTIRASSISMUS.....	6
1. Vertretung im Netzwerk gegen Rassismus	6
2. Der Fall Oury Jalloh.....	7
3. Europa/EU/UN – Soziale Menschenrechte	7
IV. MITTLERER OSTEN.....	9
1. Menschenrechte in der Türkei/Kurdistan	9
2. Menschenrechte im Iran.....	9
V. FLUCHT / MIGRATION.....	9
1. Menschenrechte von Flüchtlingen	9
2. „Solidaritätsvergehen“.....	10
VI. VERANSTALTUNGEN UND PUBLIKATIONEN MIT LIGA-BETEILIGUNG	11
1. Liga-Veranstaltungsbeteiligungen zu grundrechts- und friedenspolitischen Themen mit Liga-Vorstandsmitglied Rolf Gössner als Referent (Auswahl):.....	11
2. Veröffentlichungen von Liga-Vorstandsmitglied Rolf Gössner zu sicherheits-, bürgerrechts- und friedenspolitischen Themen (Auswahl):	13
3. Informationsveranstaltungen	15
4. Interviews in Presse und Rundfunk (Auswahl).....	16
5. Publikationen von Liga-Vorstandsmitgliedern Wolfram Beyer, Eberhard Schultz und Liga-Koordinator Dr. Jan Wollmann	16
VII. FÜR ABRÜSTUNG, GEGEN INTERVENTIONS- UND ANGRIFFSKRIEGE / FRIKO	17
1. Kooperation mit der Berliner Friedenskoordination (FRIKO).....	17
2. Abrüsten statt aufrüsten (13. Dezember 2017) https://abruesten.jetzt/	17
VIII. DACHORGANISATIONEN.....	18
1. AEDH (Association Européenne pour la défense des Droits de l'Homme)	18
2. FIDH (Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme)	18

IX. LFD. PUBLIKATIONEN UND VERANSTALTUNGSREIHEN/VESPERN UNTER BETEILIGUNG DER LIGA.....	19
1. Grundrechte-Report 2017: >Sicherheit bedeutet Gefahr – jedenfalls für die Grundrechte<.....	19
2. Verleihung der BigBrotherAwards 2017.....	19
3. Vesper-Veranstaltungen „Menschenrechte aktuell“ und Matinee zum 3.10.2017.....	21
X. WÜRDIGUNGEN	22

I. Organisation / Liga-Vorstand

1. Mitgliederbewegung

- Aufnahmen: 7
- Austritte: 2
- Verstorben: 1

Wir werden das Andenken an die Verstorbenen und ihr Engagement für die Verwirklichung der Menschenrechte in Ehren halten.

2. Aus dem Vorstand / der Vorstandsarbeit im Berichtsjahr

- Der Vorstand hat im Berichtszeitraum auf fünf ein- bis zweitägigen **Vorstandssitzungen** Politik und Aktivitäten der Liga beraten.
- Der Liga-Vorstand beteiligte sich auch 2017 am jährlichen **Treffen von Bürgerrechtsvereinigungen**, um gemeinsame Projekte und Aktivitäten auszuloten, auszuwählen und zu koordinieren, um so in geeigneten Bereichen und Fällen die unterschiedlichen Kräfte zu bündeln.
- Die Liga hat zusammen mit Humanistischer Union und Haus der Demokratie und Menschenrechte insgesamt **acht Vespern** ausgerichtet.
- Die Liga hat zusammen mit Ossietzky und dem Haus der Demokratie und Menschenrechte die Matinee zum 128. Geburtstag von Carl-von-Ossietzky am 3. Oktober ausgerichtet zum Thema >Kritische Öffentlichkeit: Medien unter Druck<.

3. Liga-Arbeitsgruppen

- Internationales Recht Palästina/Israel (IRPI) / International Right Palestine/Israel
- Iran-Arbeitsgruppe
- Arbeitsgruppe Menschenrechte und Behinderung (seit Dezember 2017 in Kooperation mit Kellerkinder e.V., Berlin)

II. Liga-Arbeitsschwerpunkte, Kooperationen mit Datenschutz-, Bürger- und Menschenrechtsorganisationen; Erklärungen, Kampagnen, Aufrufe

1. Aktivitäten zu „Innere Sicherheit“, Überwachung / Bürgerrechte und Demokratie

- **NPD-Verbotsverfahren: Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt Bedenken von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen**, 17. Januar 2017: *Gemeinsame Erklärung der*

Internationalen Liga für Menschenrechte und der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ) zum Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens. Das Verbotverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die NPD ist gescheitert – bereits zum zweiten Mal. Schon zu Beginn des Verfahrens waren die Erfolgsaussichten eines Verbotsantrages zumindest offen. Damals hatten die Internationale Liga für Menschenrechte und die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen erhebliche verfassungsrechtliche und rechtspolitische Bedenken formuliert, insbesondere müsse die NPD auch das reale Potential für eine unmittelbare Gefahr für Demokratie und Verfassung haben, um verboten werden zu können. Und sie hatten darauf hingewiesen, dass ein Verbotverfahren die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der NPD nicht ersetzen kann ... Vollständige Erklärung: <https://ilmr.de/2017/urteil-des-bundesverfassungsgerichts-bestaetigt-bedenken-von-buerger-und-menschenrechtsorganisationen>

- **Umstrittene gemeinsame Antiterror-Übungen von Polizei und Bundeswehr:** Ab 7. März 2017 in Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein. *Soldaten sind keine Hilfspolizisten.* Kritische Stellungnahme von Liga-Vorstandsmitglied Rolf Gössner im WESER-KURIER/BREMER NACHRICHTEN / KURIER AM SONNTAG: http://www.weser-kurier.de/startseite_artikel,-soldaten-sind-keine-hilfspolizisten-_arid,1561758.html
“*Entgrenzte Sicherheitspolitik*”. Durch gemeinsame Übungen von Polizei und Bundeswehr wird Einsatz des Militärs im Inland normalisiert. “Junge-Welt”-Gespräch mit Rolf Gössner vom 9.03.2017. <https://www.jungewelt.de/artikel/306820.entgrenzte-sicherheitspolitik.html>
Geschichtsvergessene Grenzüberschreitung. In: “OSSJETZKY” – Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft Nr. 6 v. 18.03.2017
- **Bürgerrechtsorganisationen kritisieren Gesetzentwurf: „Kein Sondergesetz für Polizeibeamte“**, 22. März, 2017: Am 22. März 2017 soll der Gesetzentwurf § 114 StGB-E zur ›Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamtinnen und -beamten sowie Rettungskräften‹ im BT-Ausschuss Recht und Verbraucherschutz beraten werden. Fünf Anwalts- und Bürgerrechtsvereinigungen, darunter die Liga, üben in einer gemeinsamen Stellungnahme scharfe Kritik an dem Gesetzesentwurf und wenden sich damit an die Mitglieder des Rechtsausschusses des Bundestages.... Link: https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/03/Stellungnahme_GE_St%C3%A4rkung-des-Schutzes-von-Vollstreckungsbeamten-und-Rettungskra%C3%A4ften.pdf
- **Bundesregierung will schwere Grundrechtseingriffe im Eilverfahren durch die Hintertür einführen.** Gemeinsame Presseerklärung vom 9. Juni 2017 von sechs Bürgerrechtsorganisationen zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur *Einführung der Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ im Strafverfahren.*
Kurz vor Ende der Legislaturperiode will die Große Koalition in einem handstreichartigen Verfahren noch die Online-Durchsuchung und die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) in die Strafprozessordnung einführen. Beide Maßnahmen stellen schwerste Grundrechtseingriffe dar, die in den vergangenen Jahren nicht nur die öffentliche Debatte, sondern auch das Bundesverfassungsgericht intensiv beschäftigt haben. (*Inzwischen ist die entsprechende Gesetzesnorm in Kraft*). Die unterzeichnenden Bürgerrechtsorganisationen: Humanistische Union, Internationale Liga für Menschenrechte, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Neue Richtervereinigung, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen. <https://ilmr.de/2017/bundesregierung-will-schwere-grundrechtseingriffe-im-eilverfahren-durch-die-hintertuer-einfuehren>

- **Protest gegen Überwachung am Samstag, 9. September 2017 in Berlin und Karlsruhe – Großes Fest für die Grundrechte auf dem Gendarmenmarkt. Aufruf zur Demo „Freiheit 4.0 – Rettet die Grundrechte“.** Weitere Informationen unter: <https://rettet-die-grundrechte.org/> / <https://freiheitstattangst.de/>
Der Aufruf >Freiheit feiern – Rettet die Grundrechte< unter <https://freiheitstattangst.de/aufruf/>
Staatstrojaner, Videoüberwachung, elektronische Identifikation im Personalausweis: Dieses Jahr hat uns die Bundesregierung mit Überwachungsgesetzen überflutet – und meint, damit auch noch im Wahlkampf punkten zu können. Höchste Zeit, auf die Straße zu gehen! Mit einem großen Demobündnis werden wir ein buntes Fest feiern: für Freiheit und Demokratie, gegen Überwachung und Panikmache. Ein breites überparteiliches Bündnis aus vielen Teilen der Gesellschaft mit 48 namhaften Organisationen, darunter die Liga, hat sich zu diesem Zweck zusammengeschlossen. Kernforderungen: Staatliche Überwachung abbauen! Keine Vorratsdatenspeicherungen! Privatheit schützen: Online- und Offline! Pressefreiheit bewahren – keine Zensur, Einsatz für inhaftierte Journalist*innen! Grundrechte, Freiheit und Rechtsstaat sichern!
- **Koalitionsverhandlungen: Breites Bündnis will Ende der verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung** (30. Oktober 2017): Die Internationale Liga für Menschenrechte e.V. (ILMR) ist Teil eines breiten Bündnis zur Beendigung der verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung und Unterzeichnerin eines offenen Briefes an die Vorsitzenden von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Jamaica-Appell). <https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/10/Jamaica-Appell-10-2017.pdf> sowie <http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/777/79/lang.de/>
- **Appell von Jurist*innen: Für die Streichung des § 219a StGB – Für das Recht von Frauen, über legale Abtreibungsangebote von Ärzt*innen informiert zu werden.** Am 24. November 2017 erfolgt die erste Verhandlung in dem Strafverfahren gegen eine Ärztin für Allgemeinmedizin vor dem Amtsgericht Gießen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihr in der Anklage vor, sie habe gegen das Verbot des § 219a StGB verstoßen, indem sie auf ihrer Webseite angibt, dass sie u.a. Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Gegen zwei weitere Gynäkologinnen ist kürzlich ein Ermittlungsverfahren aus demselben Grund eröffnet worden. Nach 219a StGB, dem zufolge sich strafbar macht, „wer öffentlich seines Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekannt gibt.“ Den Ärztinnen drohen Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren oder Geldstrafen. (*Die Ärztin ist tatsächlich zu einer Geldstrafe verurteilt worden*). Die Unterzeichner*innen – Liga, RAV und VDJ - dieses Aufrufs fordern daher, § 219a StGB komplett zu streichen und die Strafverfahren gegen die betroffenen Ärzt*innen durch die Staatsanwaltschaft einzustellen. <https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/11/Appell-f%C3%BCr-die-Streichung-des-%C2%A7-219a-StGB.pdf>
- **“Geplante Verschärfungen des hessischen Verfassungsschutzgesetzes schädigen Demokratie und Grundrechte” – Gemeinsame Erklärung von Bürgerrechts- und Datenschutzverbänden** (22. Dezember 2017). <https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/12/GemeinsameErkl%C3%A4rgHess-VS-GE12-2017fin.pdf>
Erklärung und Unterzeichner: <http://vs.humr.de/>
Die *Internationale Liga für Menschenrechte* (Berlin) hat sich der gemeinsamen Erklärung von 15 Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen angeschlossen, die vor den geplanten Verschärfungen im schwarz-grünen Entwurf des Hessischen Verfassungsschutzgesetzes

warnen. Dieser sieht vor, die Überwachungsbefugnisse des ‘Verfassungsschutzes’ erheblich auszuweiten, selbst vorbestrafte Kriminelle als V-Leute einsetzen zu können, IT-Sicherheitslücken auszunutzen, um heimlich Staatstrojaner auf PC einschleusen zu können sowie künftige Mitarbeiter*innen von staatlich geförderten Demokratieprojekten geheimdienstlich zu überprüfen.

„Dieser Gesetzesentwurf darf so nicht Gesetz werden“, sagt Liga-Vorstandsmitglied Rolf Gössner, „denn es würde Demokratie und Grundrechte massiv schädigen. Die geplante geheimdienstliche Regel-Überprüfung künftiger Mitarbeiter von Demokratieprojekten bedeutet Gesinnungsschnüffelei und erinnert an unselige Zeiten der Berufsverbote. Es ist der falsche Weg, den demokratisch kaum kontrollierbaren Inlandsgeheimdienst ‘Verfassungsschutz’ mit seiner erschreckenden Skandalgeschichte noch mehr aufzurüsten und ihn mit noch mehr grundrechtsschädigenden Eingriffsbefugnissen auszustatten.“

Rolf Gössner nahm für die Liga am 8. Februar 2018 als Sachverständiger an der Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtags teil, um zu dem Gesetzesvorhaben kritisch Stellung zu nehmen; ebenso während einer Veranstaltung in Wiesbaden am Abend davor.

2. Aufrufe/Erklärungen zu G-20-Protesten, Versammlungsfreiheit, Polizei-Eskalation

- **Kein Ausnahmezustand in Hamburg während des G20-Gipfels!** 20. April 2017: Presseinfo 19.04.2017 zum Offenen Brief von fünf Bürgerrechtsorganisationen. Mit einem Offenen Brief wenden sich das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Humanistische Union, die Internationale Liga für Menschenrechte, der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein und die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen an die Regierungsfractionen der Hamburgischen Bürgerschaft. Sie befürchten, dass die Stadt Hamburg anlässlich des G20-Gipfeltreffens Anfang Juli 2017 in einen Ausnahmezustand versetzt wird. In einer Demokratie darf weder das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ausgehebelt, noch die Bewegungsfreiheit der Bürger und Bürgerinnen massiv eingeschränkt werden.

[https://ilmr.de/wp-](https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/04/BriefHHRReg_Fractionen_B%C3%BCrgerrechtsorg.pdf)

[content/uploads/2017/04/BriefHHRReg_Fractionen_B%C3%BCrgerrechtsorg.pdf](https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/04/BriefHHRReg_Fractionen_B%C3%BCrgerrechtsorg.pdf)

- **Aufruf „Hamburg ist unsere Stadt – wir wollen unsere Grundrechte nicht zum G20-Gipfel abgeben!“ geht an den Start – G20-Gipfel darf Grundrechte nicht außer Kraft setzen!** 20. Juni 2017. InitiatorInnen „Hamburg ist unsere Stadt“, u.a. attac Deutschland, GEW Hamburg, Humanistische Union, Internationale Liga für Menschenrechte, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Naturfreunde Hamburg, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen. www.grundrechte-verteidigen.de

Seit geraumer Zeit können wir in Hamburg erleben, dass die Stadt immer mehr zur grundrechtsfreien Zone wird. Der Hamburger Senat hat sich mit dem G20-Gipfel immense Probleme in die Stadt geholt und löst sie auf Kosten der Grundrechte...

Stimmen aus dem Kreis der InitiatorInnen: Dr. Rolf Gössner, Int. Liga für Menschenrechte: *“Es zeichnet sich ab, dass der G20-Gipfel unter den Bedingungen eines nicht erklärten Ausnahmezustands ablaufen wird – ein Gipfel, der bislang nicht gerade für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte steht. Die Grund- und Freiheitsrechte in der Freien und Hansestadt Hamburg dürfen dem G20-Gipfel nicht geopfert werden. Deshalb ist es wichtig, dass sich möglichst viele Menschen und Organisationen energisch für die stark bedrohte Versammlungsfreiheit einsetzen und dass es unabhängige Demonstrationsbeobachtungen gibt. Und wir sind sicher, dass die Medien aus aller Welt aufmerksam registrieren und berichten werden, wie im weltoffenen Hamburg, wie in der Bundesrepublik mit Protestierenden, Demonstrationen und Versammlungsfreiheit umgegangen wird.”*

Liga-Pressemitteilung: <https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/06/Pressemeldung170620-fin.pdf>

Aufruf: <https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/06/Hamburg-ist-unsere-Stadt170614-fin01.pdf>

- **>Grundgesetz schützt auch radikale Kritik< – linksunten.indymedia-Verbot stellt schweren Eingriff in Presse- und Meinungsfreiheit dar.** JW-Gespräch mit Rolf Gössner, erschienen in „Junge Welt“ vom 26.08.2017, Seite 2 / Inland
<https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/08/JW-G%C3%B6ssner-Int-Internetwebsite-Verbot-8.2017.pdf>
- **Demonstrationsrecht verteidigen!** Aufruf zum Widerstand gegen den Abbau unserer demokratischen Grundrechte. Die Internationale Liga für Menschenrechte unterstützt den folgenden Aufruf zusammen mit Gewerkschaften, politischen Initiativen und Bürgerrechtsorganisationen sowie zahlreichen Einzelpersonen. (30.08.2017): *Seit den jüngsten Gesetzesänderungen durch die Bundesregierung (u.a. §§ 113, 114 StGB sowie Massen-Überwachung von WhatsApp/facebook), der Initiative zur Einschränkung des Streikrechts („Tarifeinheit“) und den schweren Grundrechtsverletzungen gegen Demonstrant*innen, Sanitärer*innen, Rechtsanwält*innen und Journalist*innen beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 ist es offensichtlich: Nach den Repressionen gegen Flüchtlinge und Migrantenorganisationen werden der gesamten sozialen Bewegung und der ganzen Bevölkerung der Bundesrepublik grundlegende demokratische Rechte genommen – insbesondere das Recht auf Versammlungsfreiheit.*
Die uns durch unsere Verfassung gewährten Rechte lassen wir uns nicht nehmen. Wir fordern: <http://demonstrationsrecht-verteidigen.de/>
 - Freiheit für die politischen Gefangenen von G20 und NAV-DEM/ATIK und Einstellung der Verfahren!
 - Verteidigung des Demonstrationsrechts: Weg mit der Reform der §§ 113 u. 114 StGB!
 - Verteidigung des Streikrechts: Weg mit der „Tarifeinheit“!
 - Verteidigung der Pressefreiheit: Weg mit der Repression gegen Journalist*innen!

Aufruf/Erstunterzeichner:

https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/08/Demonstrationsrecht_verteidigen_280817.pdf

- **Einladung zum bundesweiten Grundrechte-Kongress „Demonstrationsrecht verteidigen!“** am 7.10.2017 in der Volkshochschule Düsseldorf: *Angesichts des aktuellen Abbaus verfassungsmäßiger Grundrechte, der hohen Haftstrafen bei den laufenden Prozessen gegen Demonstranten beim G20-Gipfel in Hamburg, und des bedrohlichen Wahlsiegs rechter und ultra-rechter Parteien bei der Bundestagswahl lädt die Initiative »Demonstrationsrecht verteidigen!« am 7. 10. zum öffentlichen Kongress nach Düsseldorf* https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/09/Presseeinladung_Grundrechtekongress_7102017.pdf

III. Antirassismus

1. Vertretung im Netzwerk gegen Rassismus

Arni Mehnert, Claus Förster und Eberhard Schultz beteiligten und beteiligen sich an den Sitzungen des beim DGB angesiedelten Netzwerkes gegen Rassismus in Berlin für die LIGA.

2. Der Fall Oury Jalloh

Internationale Liga für Menschenrechte unterstützt Online-Petition zur rückhaltlosen Aufklärung des Verbrennungstods von Oury Jalloh im Polizeigewahrsam (23. Nov. 2017)
<https://www.change.org/p/mein-freund-ouryjalloh-es-war-mord-ermittlungsverfahren-nicht-einstellen>

Die Petition hat Mouctar Bah, ein enger Freund des 2005 in Dessauer Polizeigewahrsam verbrannten Asylbewerbers Oury Jalloh, auf change.org eingestellt – mit dem Ziel, endlich Gerechtigkeit für seinen Freund zu erreichen. Aufruf zur Petition: <https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/11/Liga-Aufruf-Petitionsunterst%C3%BCtzg-Oury-Jalloh11-2017.pdf>

Dazu erklärt Liga-Vorstandsmitglied Rolf Gössner: *>In dem Petitionsschreiben wird eine rückhaltlose Aufklärung dieses grausamen Todes in "Obhut" der Polizei gefordert. Es geht um die Verhinderung einer endgültigen Einstellung des Verfahrens gegen die Polizei und es geht darum, die involvierten Dessauer Polizeibeamten endlich zur Verantwortung zu ziehen. Denn aufgrund neuer Brandversuche und Gutachten wird immer deutlicher, dass die bisherige offizielle Behauptung, der an Händen und Füßen gefesselte Oury Jalloh habe sich im Polizeigewahrsam selbst angezündet und verbrannt, nicht mehr haltbar ist. Stattdessen gibt es einen begründeten Mordverdacht. - Ein Mord in Polizeigewahrsam, der als Selbstverbrennung kaschiert und zwölf Jahre lang amtlich vertuscht worden ist – das ist ein schwerwiegender Verdacht, der unbedingt aufgeklärt werden muss. Deshalb wäre die endgültige Einstellung des Verfahrens ein riesengroßer Skandal, ja: eine rechtsstaatliche Katastrophe.<*

Der Petitionsbrief Mouctar Bahs soll auch im Namen des Vaters und des Bruders von Oury Jalloh an die Staatsanwaltschaft Halle, die Justizministerin Sachsen-Anhalts sowie an Bundesjustizminister Heiko Maas geschickt werden. Er wird unterstützt von der „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“, der „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.“ (ISD) sowie von ENPAD – European Network of People of African Descent. Inzwischen sind schon fast 115.000 Unterschriften zusammengekommen (Stand: Mitte Jan. 2018).

Die Internationale Liga für Menschenrechte hat den Prozess gegen die beschuldigten Polizisten zusammen mit anderen Bürgerrechtsorganisationen und Initiativen in allen drei Phasen und zwei Instanzen intensiv beobachtet und jeweils öffentlich dazu kritisch Stellung genommen. *“Diese langwierigen Verfahren waren geprägt von polizeilichen Gedächtnislücken und Falschaussagen, verschwundenen Beweisstücken und einer Mauer des Schweigens“*, wissen die Prozessbeobachter_innen der Liga aus eigener Anschauung. Der Vorstand der Liga fühlt sich schon allein angesichts der dort gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse verpflichtet, nicht locker zu lassen bis dieser Fall endlich aufgeklärt ist. Insoweit unterstützen wir die *“Initiative in Gedenken an Oury-Jalloh”* und ihre Aktivist_inn_en sowie Jallohs Familie und Freunde, die während der ganzen Jahre in mühevoller Aufklärungsarbeit versucht haben, die einseitigen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen kritisch zu hinterfragen und die Schweigemauer einzureißen, die um den Tod Jallohs errichtet worden ist.

Die Liga fordert angesichts der systematischen Vertuschungen in diesem Fall sowie angesichts der bisherigen einseitigen und zweifelhaften staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsarbeit, eine/n unabhängige/n Sonderermittler/in mit der Aufklärung zu betrauen und parallel eine unabhängige internationale Untersuchungskommission einzurichten. (rg)

3. Europa/EU/UN – Soziale Menschenrechte

- **Internationale Liga für Menschenrechte fordert Ausgestaltung und Durchsetzung eines universellen, bedingungslosen Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung. Erklä-**

rung anlässlich des Internationalen Tages der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai 2017. Die in den letzten Monaten wiederholt geäußerte Forderung nach Wiederbelebung der bis heute nur ausgesetzten Wehrpflicht – zunächst durch einen Reservistenverband und zuletzt durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Patrick Sensburg – gibt berechtigten Anlass zur Sorge. Im Falle einer Wiederbelebung der Wehrpflicht bestünde nur die eingeschränkte Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung aus Gewissens- und Glaubensgründen. Die Internationale Liga für Menschenrechte hält dieses bestehende Verweigerungsrecht aus menschenrechtspolitischer Sicht für unzureichend und fordert deshalb die Ausgestaltung und Durchsetzung eines universellen, bedingungslosen Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung, auf das sich alle Betroffenen berufen können.

<https://ilmr.de/2017/fuer-das-menschenrecht-auf-kriegsdienstverweigerung>

- **Gemeinsame Erklärung zum aktuellen UN-Staatenberichtsverfahren zu den sozialen Menschenrechten** von FIAN Deutschland e.V., Paritätischer Gesamtverband, Internationaler Liga für Menschenrechte e.V., Humanistischer Union e.V., IPPNW, Republikanischer Anwältinnen- und Anwaltsverein e.V. (RAV) sowie Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation. **Bundesregierung auf dem Prüfstand: Umsetzung der sozialen Menschenrechte bleibt eine wichtige Aufgabe – Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt endlich ratifizieren!** Die beteiligten Organisationen rufen darin – auch und besonders im Hinblick auf die Bundestagswahlen – dazu auf, sich verstärkt für die Umsetzung der sozialen Menschenrechte in Deutschland einzusetzen und damit in Zeiten verstärkter sozialer Spaltung, Armut und Ausgrenzung endlich die Voraussetzungen zu schaffen für soziale Gerechtigkeit, die diesen Namen verdient. Dazu gehört die Forderung, das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt endlich zu ratifizieren! https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/07/PM_3_7.pdf
- **Gemeinsame Erklärung von Menschenrechtsorganisationen zur „Europäischen Säule Sozialer Rechte“ anlässlich des 51. Jubiläums des UN-Sozialpaktes am 16.12.2017:** https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/12/Erklaerung_ESSR.pdf Die Erklärung wird von folgenden Organisationen getragen: Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation; FIAN Deutschland e.V.- FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk; Humanistische Union; IALANA – International Association of Lawyers against Nuclear Arms; Internationale Liga für Menschenrechte e.V. (Berlin); Paritätischer Gesamtverband; VDJ – Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.
In dieser Erklärung rufen die unterzeichnenden Organisationen dazu auf, die überfällige Umsetzung des UN-Sozialpaktes zu beschleunigen, d.h. das Zusatzprotokoll zu ratifizieren und soziale Menschenrechte endlich in der Verfassung zu verankern. Dies geschieht auch in Hinblick auf die (rechtlich unverbindliche) Erklärung der EU-Mitgliedstaaten auf dem Göteborger Sozialgipfel am 17.11.2017 zu gemeinsamen sozialen Mindeststandards (sogenannte „Europäische Säule Sozialer Rechte“).
- **Internationale Liga für Menschenrechte verurteilt Angriffe auf Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), 31. Dezember 2017: >Dänemark missbraucht Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates, um EMRK in wesentlichen Teilen aufzuweichen<** <https://ilmr.de/wp-content/uploads/2018/01/Liga-Erk%C3%A4rung-2017-DK-Europarat-EMRK-final.pdf>
Am 15. November 2017 hat Dänemark den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates übernommen – in einem Gremium, das weitreichende Entscheidungen treffen kann. Kaum war Außenminister Anders Samuelsen als zuständiger Vertreter der dänischen Minderheitsregierung Rasmussen im Amt, stellte er wesentliche Teile der Europäischen Menschen-

rechtskonvention (EMRK) in Frage und forderte deren „Reform“, obwohl die uneingeschränkte Anerkennung dieser Konvention Bedingung für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist. Und es ist gerade der Europarat, der die Menschenrechte der EMRK verteidigen soll, insbesondere mithilfe des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR). Es geht dabei um den Schutz der Grund- und Menschenrechte für mehr als 800 Millionen Menschen in 47 Staaten. ...

Die Liga verurteilt die stetig zunehmenden Angriffe auf die Europäische Menschenrechtskonvention. Sie fordert die ungeteilte Einhaltung der Menschenrechte in Deutschland und appelliert an die Bundesregierung, in allen europäischen Institutionen und Gremien jeglichen Versuchen energisch entgegenzuwirken, die völkerrechtlich garantierte Menschenrechtskonvention abschwächend zu verändern.

IV. Mittlerer Osten

1. Menschenrechte in der Türkei/Kurdistan

- **Internationale Liga für Menschenrechte befürchtet autokratisches Herrschaftssystem in der Türkei mit katastrophalen Folgen für die Menschenrechte**, 18. April 2017: Verfassungsreferendum für Präsidialsystem während Ausnahmezustand in der Türkei. Liga sieht Europarat, EU und Bundesregierung in der Pflicht und fordert u.a. Einstellung aller Waffenlieferungen, Beendigung jeder militärischen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit und Aufkündigung des Flüchtlingsdeals. Die Liga unterstützt zudem die Forderung von Oppositionsparteien nach Anfechtung des Referendums.
https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/04/LigaPM_Tuerkei_ILMR202017-04-17.pdf

2. Menschenrechte im Iran

- **Internationale Liga für Menschenrechte appelliert an die Bundesregierung, sich umgehend für die Beendigung der Hinrichtung Jugendlicher im Iran einzusetzen!** 10. März 2017.
https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/03/PM_Iran_Todesurteile_Jugendliche_8.3.2017_1.pdf

- **Hungerstreik: Iranische Gefangene protestieren gegen menschenunwürdige Behandlung. Iran-Arbeitsgruppe der Internationalen Liga für Menschenrechte unterstützt UN-Forderung gegenüber iranischer Regierung.** (15. September 2017)
https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/09/PM_IRAN_Hungerstreik.pdf

Am 31. August 2017 äußerte die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zur Lage der Menschenrechte in Iran, Asma Jahangir, ihre große Sorge bezüglich der Situation von ungefähr 20 politischen Gefangenen. Diese sind aus Protest gegen ihre Verlegung in das Hochsicherheitsgefängnis Rajai-Shahr in Karaj, im Westen Teherans, und aus Protest gegen ihre menschenunwürdige Behandlung in den Hungerstreik getreten ...

V. Flucht / Migration

1. Menschenrechte von Flüchtlingen

Die Liga hat eine gemeinsame Erklärung von Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsräten und Pro Asyl initiiert, mit der an die Mitglieder der möglicherweise über eine große Koalition verhandelnden Parteien appelliert wurde, der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen auf der

Basis des so genannten "Sondierungspapiers" nicht zuzustimmen. Die Erklärung wurde am 19. Januar 2018, also zwei Tage vor dem Parteitag der SPD, auf dem über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen entschieden wurde, veröffentlicht und hatte folgenden Inhalt (siehe):

CDU/CSU/SPD-Sondierungsergebnisse verletzen Menschenrechte und Völkerrecht – Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen appellieren an Parteimitglieder, ihre Zustimmung zu verweigern <https://ilmr.de/2018/cducsuspd-sondierungsergebnisse-verletzen-menschenrechte-und-volkerrecht-menschen-und-burgerrechtsorganisationen-appellieren-an-partieimitglieder-ihre-zustimmung-zu-verweigern>

Leider hatte der Appell keinen Erfolg, und SPD, CDU und CSU haben trotzdem Koalitionsverhandlungen auf der Grundlage des Sondierungspapiers aufgenommen. Zwar hat der Parteitag der SPD auf Druck der kritischen Öffentlichkeit beschlossen, beim Punkt Familiennachzug nachzuverhandeln. Dies hat die Führung und Bundestagsfraktion der SPD jedoch nicht davon abhalten können, Ende Januar zusammen mit der CDU/CSU eine Gesetzesänderung zu beschließen, mit der der status quo ins Gegenteil verkehrt wurde. War es bis dahin so, dass bei einer Untätigkeit des Gesetzgebers nach dem Ende der Aussetzungsphase der Familiennachzug für alle subsidiär Schutzberechtigten automatisch wieder zu gewähren gewesen wäre, führt jetzt eine Untätigkeit des Gesetzgebers dazu, dass der Familiennachzug für alle ausgeschlossen ist, weil er nach dem Wortlaut des Gesetzes bis zum Inkrafttreten der Neuregelung nicht gewährt werden soll. Die SPD hat daher schon vor den Koalitionsverhandlungen dafür gesorgt, dass der Familiennachzug nur bei einem erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen gewährt wird, so dass die Position der CSU selbst bei einem Scheitern der Koalitionsverhandlungen durchgesetzt worden wäre.

2. „Solidaritätsvergehen“

Auf Initiative des Europäischen BürgerInnen Forums, das um Unterstützung gegen die zunehmende Kriminalisierung von praktischer Solidarität mit hilfebedürftigen Menschen in Frankreich bat, reagierte die Liga mit einem ***Schreiben an die französische Botschaft in Berlin***. Darin beklagte sie die Androhung hoher Strafen, die Maßnahmen der Einschüchterung und die gerichtlichen Verfolgungen unter Missachtung der nationalen Gesetzgebung und als Folge des immer wieder verlängerten Ausnahmezustandes. Der Botschafter antwortete auf das Schreiben der Liga (Antwort siehe Anhang).

Sehr geehrter Herr Botschafter,

mit großer Sorge beobachtet die Internationale Liga für Menschenrechte, Berlin, die sich häufenden Berichte aus Frankreich, wonach die praktische Solidarität mit hilfebedürftigen Menschen zunehmend kriminalisiert wird: Strafprozesse gegen Personen, die Migranten, Flüchtende, Roma, oder Menschen ohne Papiere halfen; Androhung hoher Strafen, Maßnahmen der Einschüchterung, gerichtliche Verfolgungen; Verurteilungen in Calais, Paris, Norrent-Fontes, Boulogne, Loos, Perpignan, Saint-Etienne Meaux. Und schließlich aktuelle Prozesse gegen Einwohner und Einwohnerinnen des Roya-Tales im Bereich des französisch-italienischen Grenzgebietes.

Alle diese Bürgerinnen und Bürger verweigern sich der Abschreckungs- und Isolierungspolitik gegenüber Migranten und Migrantinnen und wehren sich mit gutem Recht gegen die absolut ungerechtfertigte Gleichsetzung mit Schleppern und Menschenhändlern, deren Interesse darin besteht, aus der verzweifelt Lage der Schutzsuchenden Kapital zu schlagen. Über den besten Umgang mit Flüchtenden und Geflüchteten lässt sich sicher trefflich streiten, dazu wäre eine breite gesellschaftliche Debatte in Frankreich wie auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland sinnvoll und hilfreich - anstatt nicht-kommerzielle solidarische Unterstützungs-

handlungen zu kriminalisieren. Die französische Vorgehensweise scheint die Ziele der europäischen Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik noch forciierter durchzusetzen, obwohl diese die gemeinsamen Werte und Konventionen im Bereich des Rechts auf Asyl und des Schutzes vor Krieg konterkariert (AEMR Art. 13, GRC Art. 18).

Die von Menschenrechtsorganisationen erwartete Entspannung nach Überarbeitung des Gesetzes zu den „Solidaritätsdelikten“ von 2012 scheint sich unter dem Druck des Ausnahmezustands, der nunmehr seit November 2015 und vorläufig bis Juli 2017 in Kraft ist, eher in ihr Gegenteil verkehrt zu haben. In Übereinstimmung mit zahlreichen französischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen erwarten wir die Aufhebung des Ausnahmezustandes mit der Wiederherstellung aller Grund- und Freiheitsrechte so schnell wie möglich. Frankreich als Mutterland der Menschenrechte sollte auch und gerade angesichts der bedrohlichen Akzeptanz fremdenfeindlicher und rassistischer Tendenzen in größeren Teilen der Bevölkerung keine Abstriche an den Werten zulassen, die unsere gemeinsame Kultur prägen.

Die Internationale Liga für Menschenrechte appelliert an die französische Vertretung in Deutschland, bei ihrer Regierung ihren ganzen Einfluss dafür geltend zu machen, dass Solidarität, in diesem Fall mit hilfebedürftigen Menschen, nicht kriminalisiert wird, so wie es gewisse politische Kräfte in Frankreich gerne sehen, und dass die französischen Bürgerinnen und Bürger umgehend wieder auf die Gesamtheit der ihnen nach internationalem Recht zustehenden Menschenrechte bauen und vertrauen können.

Abschließend bitten wir um eine Stellungnahme bis zum 10. März 2017, die wir dann zusammen mit diesem Brief veröffentlichen wollen.

In Erwartung einer baldigen Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Knut Albrecht, Mitglied des Vorstands

VI. Veranstaltungen und Publikationen mit Liga-Beteiligung

1. Liga-Veranstaltungsbeteiligungen zu grundrechts- und friedenspolitischen Themen mit Liga-Vorstandsmitglied Rolf Gössner als Referent (Auswahl):

Januar 2017

BERLIN, Münzenbergsaal des ND-Hauses: **Gedenkveranstaltung für Eckart Spoo** mit Beiträgen von Freunden, Mitstreitern und Weggefährten, Veranstalter: "Ossietzky" Verlag.

BOCHUM, Ver.di-Gewerkschaftshaus: **"Polizei außer Kontrolle?"** Fatale Folgen staatlicher Machtentgrenzung", Initiative zur Polizeibeobachtung & Bochumer Bündnis gegen Rechts.

März 2017

DELMENHORST, Volkshochschule: **Parteiverbote in der Demokratie:** Problemlösung oder Verdrängung? Politische Kontroverse um das NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Veranstalter: "Breites Bündnis gegen Rechts"

BERLIN, ver.di-Bildungszentrum am Wannsee: Einführungsbeitrag zu **NSU und "Verfassungsschutz"**. Tagung des ver.di-Bundesarbeitskreises gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

AACHEN, Anna-Kirche: **"Angst- statt Sicherheitspolitik"**. Aufrüstungs-, Abwehr- und Kriegsreflexe angesichts von Terroranschlägen und "Flüchtlingsflut". Im Rahmen der 18. Aachener Friedenstage.

BERLIN, Haus der Demokratie und Menschenrechte (HDM): "**Cyberwar und Völkerrecht**", mit RA Dr. Rolf Gössner (Liga) und Rainer Rehak (FifF) Veranstalter: HDM, Liga, HU.

April 2017

BREMEN, Villa Ichon (Goetheplatz): "**Angst- statt Sicherheitspolitik**. Aufrüstungs-, Abwehr- und Kriegsreflexe angesichts von Terroranschlägen und "Flüchtlingsflut". Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen u.a.

DEMMIN, Lübecker Speicher: **Parteiverbote in der Demokratie**: Problemlösung oder Verdrängung? Politische Kontroverse um das NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Veranstaltung des Europäischen Bürger_innen - Forums und der Europäischen Kooperative Longo mai.

Mai 2017

BIELEFELD, Hechelei im Ravensberger Park: **Verleihung der BigBrotherAwards 2017. Laudatio auf Bundeswehr und Bundesverteidigungsministerin wegen Cyber-Aufrüstung**. Veranstalter: Digitalcourage e.V., Bielefeld

NIENBURG, Kulturwerk: **Menschenrechte in Zeiten des Terrors**. Veranstalter: KV Die Linke, Nienburg

HAMBURG, ver.di/Gewerkschaftshaus: "**Neonazis im Dienst des Staates**. Verstrickungen des "Verfassungsschutzes" in Neonaziszenen.

MÜNCHEN, Seidlvilla (Schwabing), Nicolaiplatz: "**Angst- statt Sicherheitspolitik**". Aufrüstungs-, Abwehr- und Kriegsreflexe angesichts von Terroranschlägen und "Flüchtlingsflut". ISW-München

Juni 2017

HANNOVER, Hochschule Hannover, Theatersaal: **Neonazis im Dienste des Staates**. Die heillose Verstrickung des "Verfassungsschutzes" in Neonazi-Szenen. Fachschaftsrat Soziale Arbeit, Fakultät V - Diakonie, Gesundheit und Soziales, Hochschule Hannover.

BREMEN, Villa Ichon (Goetheplatz): u.a. **KPD-Verbot und die vergessenen Justizopfer des Kalten Kriegs**, Tagung der Buxus-Stiftung zum 90. Geburtstag von Kurt Nelhiebel.

August 2017

HILDESHEIM: Gewerkschaftszentrum: **Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges**. Kommunistenverfolgung in der frühen Bundesrepublik + TV-Film "Ein Staat sah Rot" (Gössner/Kleinert) Veranstaltung des DGB im Rahmen der Berufsverbote-Ausstellung im Hildesheimer Rathaus.

September 2017

KÖLN, Schauspiel Köln/Depot: "**Keine Geduld mehr!**". Rede zu "**Riskante deutsch-türkische 'Sicherheitskooperation'**". Veranstalter: Recherche International, Schauspiel Köln, Kulturforum Türkei Deutschland, Dialog-Kreis Türkei Kurdistan, AWO.

KASSEL, Kunsthochschule: **Linke im Visier des "Verfassungsschutzes"**, Veranstaltung von GEW und Berufsverbots-Betroffenen anlässlich des Gerichtsverfahrens Silvia Gingold ./ VS Hessen vor dem Verwaltungsgericht Kassel.

BAD ZWISCHENAHN: Bildungsstätte der ViSoAK Bremen: Geheimdienste in Deutschland. **Zwei Vorträge: 1. Neonazis im Dienst des Staates, 2. Vier Jahrzehnte Grundrechtsbruch**. Veranstalter: Ev. Bildungswerk Bremen. Bildungsurlaub.

Oktober 2017

BERLIN: Haus der Demokratie und Menschenrechte: **Kritische Öffentlichkeit: Medien unter Druck.** Matinee zu Carl von Ossietzkys Geburtstag. u.a. mit Daniela Dahn, Rolf Gössner (Moderation), Ulla Jelpke, Arnold Schölzel.

BUCHHOLZ/Nordheide: Hotel Achat: **Terror bekämpfen, aber wie?** Veranstalter: Rosa Luxemburg Club Nordheide

GÖTTINGEN, Universität, Zentrales Hörsaalgebäude: **Polizei im präventiven Sicherheitsstaat: Zu viel Macht - zu wenig Kontrolle?** Veranstalter: "BürgerInnen beobachten die Polizei" Göttingen.

November 2017

LEIPZIG, Universität: **>Die immer noch vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges - Ein verdrängtes Kapitel westdeutscher Frühgeschichte< + TV-Film "Ein Staat sah Rot"** (Gössner / Kleinert) im Rahmen der Berufsverbote-Ausstellung und des GlobalE-Filmfestivals Leipzig. Gemeinsame Veranstaltung von Attac Leipzig und SDS Leipzig.

HANNOVER: Kulturzentrum Pavillion: **Eröffnungsveranstaltung und -rede zum Thema "Menschenrechte in Zeiten des Terrors.** Auf dem Weg in den autoritären Sicherheitsstaat?", Hannoveraner Menschenrechtsbündnis.

HANNOVER: Unabhängiges Jugendzentrum UJZ: **>Polizei im präventiven Sicherheitsstaat: Zu viel Macht - zu wenig Kontrolle?<** Veranstalter: Fachschaftsrat Soziale Arbeit Hochschule Hannover

Dezember 2017

KASSEL: Universität: **"Innere Militarisierung und Aufrüstung zum präventiven Sicherheitsstaat?"** während des Friedensratschlags Kassel 2017.

2. Veröffentlichungen von Liga-Vorstandsmitglied Rolf Gössner zu sicherheits-, bürgerrechts- und friedenspolitischen Themen (Auswahl):

Buchpublikationen/Herausgaben

T. Müller-Heidelberg, E. Steven, M. Pelzer, M. Heiming, C. Röhner, R. Gössner, J. Heesen, A. Helwich (Hg.): **Grundrechte-Report 2017.** Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 2017; www.grundrechte-report.de/2017

Mutige Lebensretter und Aufklärer in Zeiten von Flucht und Abschottung. Carl-von-Ossietzky-Medaillen an SOS Méditerranée und Kai Wiedenhöfer, hrsg. von Rolf Gössner/Internationale Liga für Menschenrechte, Verlag Ossietzky 2017.

Die in dieser Publikation versammelten Reden und Dokumente rund um die Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaillen an SOS Méditerranée und den Dokumentar Fotografen Kai Wiedenhöfer sind aufrüttelnde Zeugnisse über mutige Lebensretter und Aufklärer in Zeiten von Flucht und Abschottung. „Mit Ihrem herausragenden Engagement lenken die beiden Ausgezeichneten den Blick der Öffentlichkeit auf die oftmals verzweifelte Lage von Geflüchteten und gleichermaßen auf die Ursachen von Flucht und Migration.“ Ein Manifest gegen Krieg und Elend, gegen Terror- und Fluchtursachen, gegen eine menschenverachtende Politik der Abschottung und „Flüchtlingsdeals“ – ein Manifest für Mitmenschlichkeit und eine humane Flüchtlings- und Asylpolitik.

Mit Beiträgen von: Rolf Gössner (Liga): >Verdrängte Flucht- und Terrorursachen. Von der dunklen Kehrseite unserer „westlichen Werte“.<; Percy MacLean (Rechtsanwalt, ehem. Vors. Richter am Verwaltungsgericht Berlin; Gründungsdirektor des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Berlin): >Rechte verletzt und Menschenwürde angetastet. Vom bürokratischen Umgang mit vor Krieg und Verfolgung Geflüchteten<; Stefan Schmidt (Kapitän, Lübeck; seit 2011 Flüchtlingsbeauftragter Schleswig-Holstein): Laudatio auf SOS-Méditerranée und Kapitän Klaus Vogel; Gerhard Steidl (Verleger, Steidl-Verlag, Göttingen): Laudatio auf Kai Wiedenhöfer; Erwiderungen: Klaus Vogel (Kapitän zur See; Gründer und Präsident von SOS Méditerranée); Kai Wiedenhöfer (Dokumentarfotograf).

Eine Publikation der Internationalen Liga für Menschenrechte im Verlag Ossietzky GmbH, 96 Seiten, ISBN 978-3-944545-11-0, Preis 8 Euro + Versandkosten

<https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/07/Mutige-Lebensretter-Flyer-mit-Fotos7-2017.pdf>

Buch- und Zeitschriftenaufsätze

Verfassungsschutz/NSU/NPD-Verbot/NSA-BND

Jahrzehntelange „Verfassungsschutz“-Überwachung. Rolf Gössner zu seiner jahrzehntelangen „Verfassungsschutz“-Überwachung, in: COURAGE. Das andere Frauenmagazin Nr. 2/2017, S. 10

Zeugenaussage von Dr. Rolf Gössner, in: Frauenverband Courage (Hg.), Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ auf die Anklagebank! Dokumentation des öffentlichen Tribunals am 6. Mai 2017 in Köln, Wuppertal 2017, S. 42.

Verfassungs- und Gesetzesbrüche in Serie. Geheimer Prüfbericht: Bundesdatenschutzbeauftragte rügt BND-Überwachungspraxis, in: Grundrechte-Report 2017. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 2017;

www.grundrechte-report.de/2017

Staatliche Terrorbekämpfung

Aufrüstungs-, Abwehr- und Kriegsreflexe als „Sicherheitspolitik“, in: Wolfram Beyer (Hg.), Internationale der Kriegsdienstgegner*innen 1947-2017. Beiträge zur Geschichte der IDK, Verlag Edition AV, Lich 2017, S. 89 ff.

Flucht- und Terrorursachen

Verdrängte Flucht- und Terrorursachen. Von der dunklen Kehrseite unserer „westlichen Werte“, in: Mutige Lebensretter und Aufklärer in Zeiten von Flucht und Abschottung. Carl-von-Ossietzky-Medaillen an SOS-Mediterranee und Kai Wiedenhöfer, Dähre 2017, S. 15 ff.

Militarisierung und Aufrüstung / Cyberkriegsaufrüstung

Soldaten sind keine Hilfspolizisten. Rolf Gössner über gemeinsame Antiterror-Übungen, in: WESER-KURIER/KURIER AM SONNTAG 5.03.2017 (<https://www.weser-kurier.de/startseite/artikel,-soldaten-sind-keine-hilfspolizisten-arid.1561758.html>); Stabsübung GETEX und Einsatz der Bundeswehr im Inneren, in: LABOUR-Net Germany 6.03.2017: www.labournet.de/interventionen/grundrechte/grundrechte-all/polizeistaat/interview-zur-stabsuebung-getex-und-zum-einsatz-der-bundeswehr-iallesm-inneren/

Geschichtsvergessene Grenzüberschreitung. Zu den umstrittenen gemeinsamen Antiterror-Übungen von Polizei und Bundeswehr, in: OSSIETZKY Nr. 6 v. 18.03.2017 -

www.ossietzky.net/6-2017&textfile=3873/
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170318rg.pdf>

Laudatio von Dr. Rolf Gössner: BigBrotherAward 2017 in der Kategorie Behörden geht an Bundeswehr und Bundesministerin für Verteidigung Dr. Ursula von der Leyen;

<https://bigbrotherawards.de/2017/behoerden-bundeswehr-bundesministerin-fuer-verteidigung-dr-ursula-von-leyen>

BigBrotherAward: Negativpreis für massive digitale Aufrüstung der Bundeswehr, in: NETZ-POLITIK.org 16.05.2017; <https://netzpolitik.org/2017/big-brother-award-negativpreis-fuer-massive-digitale-aufruestung-der-bundeswehr/>

Kategorie Behörden: BigBrotherAward 2017 an Bundeswehr und Ursula von der Leyen, in: padeluun / Rena Tangens, digitalcourage-Jahrbuch 2018, Bielefeld 2017, S. 92 ff. und in: FIF-KOMMUNIKATION 3/2017 (Sept.), S. 48 ff. <https://shop.digitalcourage.de/jahrbuch-digitalcourage-2018.html>

Aufrüstung zum Cyberkrieg, in: OSSIETZKY Nr. 10/2017: www.ossietzky.net/10-2017&textfile=3937 ; SCHATTENBLICK www.schattenblick.de/infopool/medien/altern/ossie954.html ; BüSGM-Ausgabe 17, Sept. 2017, S. 6 ff. In: BEUELER EXTRADIENST.net 21.12.2017: <http://extradienst.nexxtpress.de/2017/12/21/aufruestung-zum-cyberkrieg/>

Cyberkrieg und Völkerrecht. Anlässlich der digitalen Aufrüstung der Bundeswehr im „Cyber- und Informationsraum“, in: FIF-KOMMUNIKATION 2/2017 (Juni), S. 65 ff.

BigBrotherAward: Aufrüstung zum Cyberkrieg, in: FRIEDENSFORUM. Zeitschrift der Friedensbewegung 6/2017, S. 19 ff.

Abrüsten statt Aufrüsten – Kommentar von Rolf Gössner, in: <https://abruersten.jetzt/wp-content/uploads/2017/12/G%C3%B6ssner.png>

Kurdische Frage/PKK-Verbot/EU-Terrorliste – Türkei/Deutschland

Riskante „Sicherheitskooperation“. Zur Problematik deutsch-türkischer Geheimdienst-, Polizei- und Justiz-Zusammenarbeit im „Antiterror-Kampf“, in: OSSIETZKY Nr. 19 v. 7.10.2017: <http://www.ossietzky.net/19-2017&textfile=4102>

Gefährliche „Sicherheitskooperation“ (Langfassung), in: NÜTZLICHE NACHRICHTEN/DIALOG-KREIS 10/2017, S. 17 ff. Redebeitrag während der Solidaritätsveranstaltung „Keine Geduld mehr!“ für Doğan Akhanlı im Schauspiel Köln zur Problematik deutsch-türkischer Geheimdienst-, Polizei- und Justiz-Zusammenarbeit im „Antiterror-Kampf“ (Sept. 2017). <https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/10/G%C3%B6ssner-Dt-t%C3%BCrk.Sicherheitskoop-Rede-K%C3%B6ln-LF-9-2017.pdf>

3. Informationsveranstaltungen

- Informationsveranstaltung über die Arbeit der LIGA mit dem *studierenden Verband ELSA* im Haus der Demokratie und Menschenrechte mit Eberhard Schultz, Herbert Nebel und Jan Wollmann.
- Claus Förster hat die Liga bei einem *Human Rights Moot Court des studierenden Verband ELSA* in Wien vertreten.

4. Interviews in Presse und Rundfunk (Auswahl)

Flucht/Fluchtursachen und Abschottung

„Fluchtwege nach Europa verplumpt“. jW-Gespräch mit Rolf Gössner, Nachdruck in: Mutige Lebensretter und Aufklärer in Zeiten von Flucht und Abschottung. Carl-von-Ossietzky-Medaillen an SOS-Mediterranee und Kai Wiedenhöfer, Ossietzky Verlag, Dähre 2017

Geheimdienste: Verfassungsschutz/NSU/NSA-BND & Co.

„Illiberale oder staatsautoritäre Tendenz“. Kasseler Richter stützen Grundrechtseinschränkung. Gespräch (Markus Bernhardt) mit Rolf Gössner, in: JUNGE WELT 11.10.2017, S. 3 / BüSGM-Info 15.10.2017. <https://www.jungewelt.de/artikel/320009.illiberale-oder-staatsautorit%C3%A4re-tendenz.html>

Internet – Verbot

„Grundgesetz schützt auch radikale Kritik“. „linksunten.indymedia“: Verbot stellt schweren Eingriff in Presse- und Meinungsfreiheit dar. Gespräch (Markus Bernhardt) mit Rolf Gössner, in: JUNGE WELT 26.08.2017, S. 2:

<https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/317100.grundgesetz-sch%C3%BCtzt-auch-radikale-kritik.html>

Militarisierung / Antiterrorkampf

„Entgrenzte Sicherheitspolitik“. Durch gemeinsame Übungen von Polizei und Bundeswehr wird Einsatz des Militärs im Inland normalisiert. Gespräch (Claudia Wrobel) mit Rolf Gössner, in: JUNGE WELT 9.03.2017; <https://www.jungewelt.de/artikel/306820.entgrenzte-sicherheitspolitik.html> ; <http://dkp-luebeckostholstein.blogspot.de/2017/03/den-krieg-im-innern-proben.html>

Statement zum Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“, www.abruesten.jetzt/2017/11/testimonials

5. Publikationen von Liga-Vorstandsmitgliedern Wolfram Beyer, Eberhard Schultz und Liga-Koordinator Dr. Jan Wollmann

Wolfram Beyer (Hg.), Internationale der Kriegsdienstgegner*innen 1947-2017. Beiträge zur Geschichte der IDK, Verlag Edition AV, Lich 2017.

Wolfram Beyer, Neue Kriege – ein neuer Pazifismus? Menschenrechte als Mittel der Kriegslegitimation. Johann Bauer, Rezension der Broschüre von Wolfram Beyer (Hg.): Menschenrechte und Pazifismus – Wider kriegerische Menschenrechte – Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht. IDK, Berlin 2016, 38 S., 3 Euro, IDK-Schriftenreihe Nr. 5.

Eberhard Schultz, der Fall Sarrazin im Kontext des anti-muslimischen und institutionellen Rassismus, in Rassismus, Kritik und Widerstandsformen, Seite 630 ff., Hrsg. Karim Feroz und Meral El, Springer VS, Wiesbaden 2017.

Eberhard Schultz "ein hemmungsloser Eingriff in die Grundrechte, es droht der permanente Notstand" Interview in Marx 21, 01/2017, S. 8 ff.

Das schwierige Verhältnis von struktureller Gewalt und Terrorismus: Bestandsaufnahme der Welt nach 9/11. Rezension von Dr. phil. Jan Wollmann des Bandes von Rolf Gössner/Conrad Schuhler: >TERROR. Wo er herrührt, wie er missbraucht wird, wie er zu überwinden ist, ISW-Spezial- Nr. 29, hrg. vom Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., in: Humanistischer Pressedienst:

Ein kleiner Band widmet sich der Beantwortung der großen Fragen des Terrors. Dass der (Angst-) Begriff "Terror" im Titel ohne eine weitere Attribution verwendet wird, ist signifikant, denn es geht den Autoren um die Zusammenhänge von "Staatstyrannie", dem Terror der "strukturellen Gewalt" und dem (islamistischen) Terror. Die Beiträge beleuchten, womit der Terror zusammenhängt und wohin die Bekämpfung des Terrors die Weltgesellschaft geführt hat; sie lassen sich so auch als prägnante Bestandsaufnahme lesen ...

<https://hpd.de/artikel/schwierige-verhaeltnis-struktureller-gewalt-und-terrorismus-14352>

Jan Wollmann, Wiederkehr der Religionen und antiislamischer Rassismus. Eine doppelte Herausforderung, in: ZAG Ausgabe 74/2017, S. 8 ff.

VII. Für Abrüstung, gegen Interventions- und Angriffskriege / FRIKO

1. Kooperation mit der Berliner Friedenskoordination (FRIKO)

Eberhard Schultz hat als Vertretung der LIGA bei den monatlichen Plenums/Sitzungen der FRIKO teilgenommen.

2. Abrüsten statt aufrüsten (13. Dezember 2017) <https://abruesten.jetzt/>

In einem dringenden Abrüstungsaufwurf, den die Internationale Liga für Menschenrechte unterstützt, wendet sich ein ungewöhnlich breites gesellschaftliches Bündnis an die Öffentlichkeit. Zu den über 15.000 Unterzeichnenden des Aufrufs zählen u.a. folgende Erstunterzeichner*innen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen: <https://ilmr.de/2017/abruesten-statt-aufruesten>

WissenschaftlerInnen: wie der Nobelpreisträger Paul Crutzen, Peter Brand, Frigga Haug, Mohssen Massarrat, Norman Paech, Werner Ruf, Gesine Schwan, Ernst Ulrich von Weizsäcker; **Kulturschaffende** wie Renan Demirkan, Udo Lindenberg, Anna Loos, Wolfgang Niedecken, Konstantin Wecker, Johanno Strasser (PEN); **AktivistInnen des Bürgerrechts- und Menschenrechtsspektrums** wie Thomas Gebauer (Medico International), Rolf Gössner (Internationale Liga für Menschenrechte), Ulrich Gottstein (IPPNW), Otto Jäckel (IALANA); ... **der Friedensbewegung:** u.a. Reiner Braun (International Peace Bureau), Jürgen Grässlin (DFG-VK), Willi van Ooyen, Anne Rieger (Friedensratschlag), Clemens Ronnefeldt (Dt. Zweig des Internat. Versöhnungsbundes), Horst Trapp; ... **der Umweltschutzbewegung** wie der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger, Kai Niebert (Präsident des Deutschen Naturschutzringes), Franz Alt; **Gewerkschaftsvorstandsmitglieder** wie Annelie Buntenbach, Reiner Hoffmann (DGB), Frank Bsirske (ver.di), Michaela Rosenberger (NGG) und Marlis Tepe (GEW); **PolitikerInnen aus drei Parteien** wie die Rene Röspel (SPD), Heidemarie Wiczorek Zeul (SPD, Bundesministerin a.D.), Katja Keul u. Antje Vollmer (Bündnis90/die Grünen), Christine Buchholz, Ulla Jelpke und Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE) u.a.

„Angesichts einer gefährlichen Politik der Aufrüstung und Militarisierung nach außen wie nach innen unterstütze und verbreite ich diesen Abrüstungsappell als Erstunterzeichner mit voller Überzeugung. Zu einer solchen Initiative gehört zwingend auch der politische Kampf für den Stopp bundesdeutscher Waffenexporte in Krisengebiete und an Diktaturen, für die Ächtung von Atomwaffen sowie für Rüstungskonversion und zivile Konfliktprevention; des Weiteren für ein Ende der ausbeuterischen Welthandels- und Rohstoffpolitik, für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, für eine humane Flüchtlingspolitik sowie konsequente Umwelt-, Klima- und Friedenspolitik. Es geht im Kern um die politische Bekämpfung von Kriegs-, Terror-, Armuts- und Fluchtursachen und um die Voraussetzungen für mehr soziale Gerechtigkeit, selbstbestimmte Entwicklung und Frieden.“ Erstunterzeichner Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt/Publizist, Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte.

VIII. Dachorganisationen

1. AEDH (Association Européenne pour la défense des Droits de l'Homme)

Die europäische Dachorganisation AEDH versammelt ihren Vorstand jährlich zu mehreren Sitzungen, Skype-Konferenzen und Veranstaltungen. Der Vorstand besteht aus den durch die Mitgliedsligen vorgeschlagenen und dann durch die Generalversammlung gewählten Kandidaten und Kandidatinnen. Als Generalsekretär der AEDH hat Knut Albrecht an allen Bureau-Sitzungen (internationaler Vorstand) und an den zahlreichen Skype-Konferenzen teilgenommen.

Die Arbeitsschwerpunkte aus dem Jahr 2016 wurden beibehalten: Wirtschaftliche und soziale Rechte, Migration und Asyl, Schutz personenbezogener Daten, Antiterrorpolitik, Demokratie und Staatsbürgerschaft, Gleichstellung der Geschlechter, Freiheitsentzug mit einem besonderen Akzent auf den ersten beiden Themenbereichen. Im Hinblick auf die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2019 arbeitet die AEDH an einem Manifest, das ihre Überzeugungen für eine zukunftsorientierte Europäische Union beschreibt und einfordert. Gemeinsam mit ihren 32 Mitgliedsorganisationen soll das Manifest im Rahmen einer europäischen Wahlkampagne die Bedeutung der Europäischen Union, die sie für die Menschen und ihre Rechte haben sollte, aufzeigen.

Zum Kernbereich des Manifestes gehören der fortschreitende Mangel an Solidarität, erkennbar am vielfachen Rückzug von Mitgliedsstaaten ins Nationale und besonders als Folgen der verheerenden europäischen Einwanderungspolitik, die gravierenden Defizite im Sozialbereich, der immer noch als Unterprodukt der Wirtschaft betrachtet wird, die überfällige Demokratisierung der europäischen Institutionen, die ausstehende Unionsbürgerschaft und eine partnerschaftliche Mitwirkung der Zivilgesellschaft als Kontrolle für die Einhaltung der Rechte.

Öffentliche Verlautbarungen, Veranstaltungen und Aktionen der AEDH und auch in Kooperation mit anderen Netzwerken werden monatlich in einem Newsletter zusammengefasst. Auch die Mitgliedsorganisationen finden hier wie auf der Webseite eine Plattform, auf der sich die AEDH parallel in englischer und französischer Sprache öffentlich mitteilt. Im Dezember wurde eine neue modernisierte Web-Seite www.aedh.eu ebenfalls wahlweise in französischer und englischer Sprache online gestellt.

Die Liga hat die Zusammenarbeit mit der AEDH im Jahr 2017 weiter über persönliche Kommunikation und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit vertieft.

2. FIDH (Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme)

Die FIDH agiert weltweit im Sinne der Unverletzlichkeit der Menschenrechte und setzt sich besonders für jene ein und verteidigt sie, die auf Grund ihrer Handlungen und Tätigkeiten im Bereich der Menschenrechte Repressalien und Angriffen bis hin zur Bedrohung ihrer Freiheit oder Existenz ausgesetzt sind. Zusammen mit der OMCT (Weltorganisation gegen Folter) hat die FIDH dazu eine Beobachtungsstelle eingerichtet.

In Johannesburg lernte Knut Albrecht einen Exiliraner kennen, der Mitglied der Iranschen Liga für Menschenrechte ist und überwiegend in Berlin lebt. Der Kontakt hat sich soweit intensiviert, dass mit anderen jungen Interessierten eine Iran-Arbeitsgruppe gegründet werden konnte. Beide Ligen sind Mitglieder der FIDH und so also auch über den Weltverband verbunden. www.fidh.org

Knut Albrecht hat den Vorstand regelmäßig über die Aktivitäten unserer internationalen Dachorganisationen informiert, Kooperationen angeregt und begleitet. Wo sich Schnittmengen mit den Schwerpunkten der Liga zeigen, nimmt der Vorstand diese gerne zum Anlass, um durch gemeinsames Vorgehen größeres Problembewusstsein und verstärkte Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit zu erlangen.

Auf unserer Webseite findet sich seit November eine etwas ausführlichere Darstellung der beiden internationalen Dachorganisationen, die maßgeblich von der Liga 1922 bzw. 2000 mitgegründet wurden <https://ilmr.de/internationale-dachorganisationen> .

IX. Lfd. Publikationen und Veranstaltungsreihen/Vespere unter Beteiligung der Liga

1. Grundrechte-Report 2017:

>Sicherheit bedeutet Gefahr – jedenfalls für die Grundrechte<

Seit 2004/2005 ist Rolf Gössner für die Liga einer der Mitherausgeber des von acht Bürger- und Menschenrechtsgruppen jährlich herausgegebenen „Grundrechte-Report. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland“ (21. Jahrgang). Der als „alternativer Verfassungsschutzbericht“ bekannt gewordene Report nennt aktuelle Missstände und bilanziert in zahlreichen Beiträgen kritisch die Lage der Bürger- und Menschenrechte und damit die Verfassungswirklichkeit Deutschlands. Erscheint im Fischer Taschenbuch Verlag (Frankfurt/M.)

Am 23. Mai 2017, dem Verfassungstag, präsentierte der Leiter des ARD-Magazins Monitor, Georg Restle, in Karlsruhe den Grundrechte-Report 2017. Die diesjährigen Schwerpunkte:

- die Auswirkungen des „Sommer der Migration“ und die konträr dazu erfolgten Verschärfungen des Asylrechts und der Asylpraxis
- die Nachwirkungen des NSA/BND-Überwachungsskandals
- die fehlende Umsetzung sozialer Grundrechte, etwa die Einschränkungen der Grundversicherung für Unionsbürger/innen oder die Verweigerung arbeits- und sozialrechtlicher Mindeststandards für Gefangene.

Georg Restle zum Report 2017: *“Wie selten zuvor in der Geschichte des Grundgesetzes stehen Grundrechte in diesem Land unter Druck. ‘In dubio pro libertate’ wurde abgelöst von ‘in dubio pro securitate’: Im Zweifel für die Sicherheit. Der Grundrechte-Report 2017 liefert eine erschreckende Chronik der Einschränkung von Bürger- und Menschenrechten und zeigt: Der Kampf um die Grundrechte muss in diesem Land neu aufgenommen werden.”*

Das Medienecho war wieder groß. Mithrsg. Rolf Gössner hat folgenden Beitrag beigesteuert:

- **Verfassungs- und Gesetzesbrüche in Serie.** Geheimer Prüfbericht: Bundesdatenschutzbeauftragte rügt BND-Überwachungspraxis - https://ilmr.de/wp-content/uploads/2017/05/GRR2017-Goessner_BfD-Bericht_BND_final.pdf

Grundrechte-Report 2017 – Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland.
Herausgegeben von: Humanistische Union • Komitee für Grundrechte und Demokratie • Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen • PRO ASYL • Republikanischer Anwälten- und Anwälteverein • Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen • Internationale Liga für Menschenrechte • Neue Richtervereinigung. <http://www.grundrechte-report.de/>

2. Verleihung der BigBrotherAwards 2017

an Bundeswehr/Bundesverteidigungsministerin, Bitkom, Ditib u.a.

Rolf Gössner ist von Anbeginn (2000) Mitglied der Jury zur jährlichen Verleihung des Negativpreises "BigBrotherAward" (www.bigbrotherawards.de) an „Datenkraken“ in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und vertritt die Liga dort seit 2003. Die *BigBrotherAwards Deutschland* wurden ins Leben gerufen, um die öffentliche Diskussion um Privatsphäre und Datenschutz zu fördern – sie sollen missbräuchlichen Umgang mit Technik und Daten aufzeigen. Seit 2000 werden in Deutschland die *BigBrotherAwards* an Firmen, Organisationen und Personen verliehen, die in besonderer Weise und nachhaltig die Privatsphäre von Menschen beeinträchtigen, Datenschutz und Bürgerrechte verletzen oder persönliche Daten Dritten zugänglich machen. Die *BigBrotherAwards* sind ein internationales Projekt: In bisher 19 Ländern werden solche fragwürdigen und bürgerrechtswidrigen Praktiken mit diesen Negativpreisen "ausgezeichnet". Einmal jährlich werden die bundesdeutschen Datenschutznegativpreise BigBrotherAwards in Bielefeld vergeben.

Die deutsche Jury 2017 zur Verleihung der *BigBrotherAwards* bestand aus Vertretern unabhängiger Bürgerrechts- und Datenschutz-Organisationen: *Digitalcourage*, *Chaos Computer Club*, *Internationale Liga für Menschenrechte* und *Deutsche Vereinigung für Datenschutz*.

Rückblick auf die Verleihung der BigBrotherAwards 2017: Am 05. Mai 2017 sind die BigBrotherAwards 2017 während einer Gala in der Bielefelder Hechelei unter Anwesenheit des Oberbürgermeisters von Bielefeld, Pit Clausen, und unter Teilnahme von etwa 400 Gästen verliehen worden. Das Medienecho auf die BigBrotherAward-Verleihung war auch in diesem Jahr wieder sehr groß – Schwerpunkte der Berichterstattung lagen bei Ditib, Bundeswehr und Bitkom. Die meisten großen überregionalen und auch viele regionale Medien – Presse, Hörfunk, Fernsehen und Internet – haben ausführlich und kritisch berichtet. Die gesamte Palette der Medienreaktionen unter: <https://digitalcourage.de/blog/2017/bigbrotherawards-2017-in-den-medien>.

Die BigBrotherAwards 2017 – auch "Oscars für Datenkraken" genannt ("Le Monde") – gingen in den Kategorien Arbeit, Behörden, Bildung, Politik, Verbraucherschutz und Wirtschaft an sechs Unternehmen, Institutionen, Organisationen und Personen:

Preisträger der BigBrotherAwards 2017:

- PLT – Planung für Logistik Transport GmbH
- IT-Branchenverband Bitkom
- Ditib. Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.
- TU München und Ludwig-Maximilians-Universität München
- Bundeswehr und Bundesministerin für Verteidigung Dr. Ursula von der Leyen
- Prudsys AG

Die Kurzbegründungen und die Laudationes (Langfassungen) finden sich unter: <https://bigbrotherawards.de/>. Die komplette Verleihung kann online nachgeschaut werden unter: <https://vimeo.com/216301925>.

Publikumspreis für BigBrotherAward-Preisträger Bundeswehr und Verteidigungsministerin von der Leyen (Laudator: Rolf Gössner, BBA-Jury, Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte): Aus den sechs Negativpreisen, die zur Auswahl standen, wählte das anwesende Publikum nach der Verleihung einen klaren Gewinner, der besonders „beeindruckt, erstaunt, erschüttert, empört, ...“ hatte: Mit einem guten Drittel der Stimmen ging der Publikums-Preis an Bundeswehr und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) als deren Oberbefehlshaberin.

Kurzbegründung der Jury: *“Die Bundeswehr und die Bundesministerin für Verteidigung erhielten den BigBrother-Award 2017 in der Kategorie Behörden für die massive digitale Ausrüstung der Bundeswehr mit dem neuen „Kommando Cyber- und Informationsraum“ (KdoCIR). Diese digitale Kampftruppe mit (geplant) fast 14.000 Dienstkräften wird die Bundeswehr fit machen für den Cyberkrieg – auch für militärische Cyberangriffe auf IT-Systeme und kritische Infrastrukturen anderer Staaten. Mit dieser Militarisierung des Internets beteiligt sich die Bundesrepublik am globalen Cyber-Wettrüsten – ohne Parlamentsbeteiligung, ohne demokratische Kontrolle und ohne rechtliche Grundlage“.*

Die Laudatio von Rolf Gössner zum Nachlesen auf

<https://bigbrotherawards.de/2017/behoerden-bundeswehr-bundesministerin-fuer-verteidigung-dr-ursula-von-leyen>.

Video der Laudatio unter: <https://vimeo.com/216301925#t=1h25m15s>.

<https://ilmr.de/2017/negativpreis-bigbrotherawards-2017-an-bundeswehribundesverteidigungsministerin-bitkom-ditib-u-a>

3. Vesper-Veranstaltungen „Menschenrechte aktuell“ und Matinee zum 3.10.2017

Zu den weiteren Veranstaltungen im Berichtszeitraum gehört die allmonatliche Vesper im Haus der Demokratie und Menschenrechte (HDM). Unter dem Motto *„Menschenrechte aktuell“* laden die Liga, die Zeitschrift *Ossietzky* (bis April 2017) und die Stiftung HDM und seit 2016 auch die Humanistische Union an jedem letzten Donnerstag im Monat Expert_inn_en und die interessierte republikanische Öffentlichkeit zum Informations- und Meinungsaustausch über ein aktuelles menschenrechtspolitisches Thema bei Brot, Käse und Wein ein. Organisation von Seiten der Liga seit 2016: Vorstandsmitglied Claus Förster. Im Berichtszeitraum fanden Vesper-Veranstaltungen zu folgenden Themen statt:

- **Jan. 2017: Solidarische Flüchtlingsarbeit in Berlin.** Mit Elke Breitenbach (Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales); Katharina Mühlbeyer (Flüchtlingsrat Berlin); Anna Schmitt (BBZ Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und MigrantInnen); Moderation: Johanna Treblin, Neues Deutschland
- **Febr. 2017: Mehr Volksentscheide – Bessere Demokratie?** Mit Regine Laroche (Mehr Demokratie, Landesverband Berlin-Brandenburg); Michael Efler (Mitglied des Abgeordnetenhauses für die Linksfraktion und langjähriger Kämpfer für mehr Volksentscheide).
- **März 2017: Digitale Aufrüstung zum „Cyberkrieg“?** Bundeswehr erklärt „Cyberraum“ zum potentiellen Kriegsgebiet – welche Gefahren drohen auf welcher rechtlichen Grundlage? Mit Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt/Publizist, Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte; Rainer Rehak, Diplom-Informatiker, Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FifF e.V.), Berlin
- **April 2017: Zwangsbehandlung in deutschen psychiatrischen Kliniken – wo liegt die Grenze zwischen notwendiger Maßnahme und Menschenrechtsverletzung?** Mit Ilona Schewtschuk (Internationale Liga für Menschenrechte), Thomas Künneke (Kellerkinder), Ole Arnold Schneider (Werner-Fuß-Zentrum), Moderation: RA Claus Förster (Liga).
- **Juni 2017: Beware of the „Bad Snowdens“.** Saskia Esken, MdB (Stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe Digitale Agenda der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda, Stellv. Mitglied im Innenausschuss); Prof. Dr. Hartmut Pohl (Geschäftsführer der SoftScheck GmbH, Sprecher des Präsidiumsarbeitskreises „Datenschutz und IT-Sicherheit“ der Gesellschaft für Informatik).

- **Sept. 2017: Kolumbien: Trotz Friedensprozess – Humanitäre Krise und anhaltende Gefahr für Menschenrechtsverteidiger*innen.** Mit Daniela Simm, Brot für die Welt, Diakonie Katastrophenhilfe; Dr. Annelen Micus, Juristin mit Schwerpunkt Vergangenheitsaufarbeitung sowie Wirtschaft und Menschenrechte). Moderation: Christiane Schwarzkolko – Menschenrechte für Kolumbien e.V.
- **Matinee 3.10.2017: >Kritische Öffentlichkeit: Medien unter Druck<.** Matinee 3. Oktober zu Carl von Ossietzky Geburtstag. Mit Dr. Arnold Schölzel, stellv. Chefredakteur der Berliner Tageszeitung junge Welt: *Undemokratische Machtverhältnisse im Mediensektor und ihre fatalen Folgen*; Daniela Dahn, Journalistin und Schriftstellerin, „Ossietzky“-Mitherausgeberin: *Pressefreiheit schließt die Freiheit der Kritik an der Presse ein*; Ulla Jelpke, Mitglied des Bundestags, Fraktion Die Linke; „Ossietzky“-Mithrsg.: *Pressefreiheit verteidigen – in der Türkei, aber auch in der Bundesrepublik*; Moderation: Dr. Rolf Gössner, RA/Publizist, Liga. Mit Musikbeiträgen von Omid Bahadori, akustische Gitarre.
- **Okt. 2017: Bürgerrechte, Protest und Versammlungsrecht nach dem G20-Gipfel in Hamburg: Wie weiter?** Mit Corinna Genschel (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Peer Stolle (Rechtsanwalt, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein), Dieter Rucht (Institut für Protest- und Bewegungsforschung).
- **Nov. 2017:** ausgefallen.

X. Würdigungen

- **Heimkinder mit Behinderung: Zweierlei Leid.** 15. Februar 2017. Jahrzehntlang wurden Kinder in Einrichtungen für Behinderte misshandelt. Ursula Lehmann fühlt sich bis heute vom Staat alleingelassen. taz-Reportage von Paul Hildebrandt über unserer Liga-Mitglied und früheres Vorstandsmitglied vom 5. April 2016 <https://www.taz.de/!5288550/>
- **Ursula Lehmann, Liga-Aktivistin für Gerechtigkeit, Gleichwertigkeit und Freiheit – Zeit ihres Lebens unerschrocken, couragiert, immer in Bewegung,** von Fanny-Michaela Reisin, ehem. Präsidentin der Liga. <https://ilmr.de/2017/ursula-lehmann-liga-aktivistin-fuer-gerechtigkeit-gleichwertigkeit-und-freiheit-zeit-ihres-lebens-unerschrocken-couragiert-immer-in-bewegung>
- **Laudatio und Empfang zu Ehren von Reinhard Strecker – Würdigung für ein langjähriges Vorstandsmitglied der Liga**

Anlässlich des 75. Jahrestages des »Generalplan Ost« laden die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen sowie die Stiftung Topographie des Terrors gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt zu einer Veranstaltung ein - 28. Sept. 2017, Bibliothek im Auswärtigen Amt.

Aus dem Einladungstext: „Im Juni 1942 übersandte der Berliner Agrarwissenschaftler Konrad Meyer dem Reichsführer SS Heinrich Himmler eine als »Generalplan Ost« bezeichnete Denkschrift, die die Ansiedlung von fünf Millionen Deutschen im annektierten Polen und im eroberten Westteil der Sowjetunion vorsah. Millionen slawischer und jüdischer Bewohner dieser Regionen sollten hingegen versklavt, vertrieben oder ermordet werden.“

Im Anschluss an einen Vortrag, der sich der Frage nach dem Stellenwert des »Generalplan Ost« in der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik in Mittel- und Osteuropa widmet, folgt eine Laudatio und ein Empfang zu Ehren von Reinhard Strecker. Reinhard Strecker setzte sich seit Ende der 1950er Jahre für eine konsequente Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ein. Dieser Kampf wurde zu seinem Lebenswerk, verbunden mit großen

persönlichen Opfern.“ Reinhard Strecker war lange Jahre Vorstandsmitglied der Liga und wurde bereits mehrfach für seine Verdienste um Aufklärung über die NS-Verbrechen geehrt.
<https://ilmr.de/2017/laudatio-und-empfang-zu-ehren-von-reinhard-strecker>

Berlin, 23.02.2018

Der Vorstand